

Die Gleichschaltung des Schulsystems

von Eberhard Keil

Der neue Bildungsplan ebnet die Unterschiede zwischen den Schulen ein. Das Leitbild ist die Gemeinschaftsschule, deshalb gibt es nur noch Niveaustufen.

Unter der Aufsicht des Landesinstituts für Schulentwicklung, welches seit 2013 streng darüber wacht, dass sich über 400 Lehrer in den Fachkommissionen strikt an die politischen Vorgaben aus Stuttgart halten, wird das „zukunftsweisende Reformprojekt“ neuer Bildungspläne, die „deutschlandweit einzigartig sind“ (Kultusminister Andreas Stoch), nun in seine endgültige Form gegossen. Zwar entstand mit der Gemeinschaftsschule (GMS) inzwischen ein vierter Schultyp der Sekundarstufe im Ländle, doch die Zahl der Bildungspläne verringert sich nun dennoch auf zwei, eigentlich einen einzigen, welcher das Grundniveau G für den Hauptschulabschluss, das mittlere Realschulniveau M und ein erweitertes Gymnasialniveau E einschließt. Bis Ende Oktober konnten Verbände und andere den neuen Bildungsplan kommentieren.

Erfahrene Lehrer reagieren ratlos auf den Entwurf: Sie fühlen sich überfordert, fragen sich, was sie damit im Unterricht anfangen sollen. Als praktische Handreichung taugt er wenig: Es sind darin „Leitgedanken“ zusammengefasst, die man von der Ausbildung her kennt. Darüber hinaus finden sich „Leitperspektiven“ als Mischung ideologisch eingefärbter Selbstverständlichkeiten und lobbyistischer Einflüsse, welche den Lehrern das Vertrauen in Urteilskraft und Verantwortung abzusprechen scheinen, Belehrungen über ein sperriges Kompetenzmodell und „geschlechtergerechte Sprache“, Definitionen einfacher deutscher Verben („Operatoren“), Abkürzungen in Heeresstärke, Synopsen, Schemata.

Konkrete Hinweise für die Gestaltung des Unterrichts erhofft man sich aus den „Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen“ und stößt auf ein bürokratisches Raster von Fähigkeiten, welches jeden Schritt des Lernens mit einer Niveauzuordnung (G-M-E) versieht, nach welcher sich Lernende „abschlussbezogen“ zu entwickeln haben. Dieses Schubladensystem soll das individuelle Selbstlernen der Schüler ausrichten, „diagnostizierbar“ machen. Die „inhaltsbezogenen Kompetenzen“ – das vermeintlich didaktische Fleisch an diesem Rastergerippe – enthalten selbst nur eine leere Stoffgliederung. Sie bleibt wegen fehlender Problem- und Themenstellungen perspektivlos und bietet keine Orientierung für eine vernünftige Unterrichtsarbeit in einem sachlich wie altersgemäßen Lernprozess. Stattdessen öffnet sie einer beliebigen Erwähnungs- und Beschäftigungs-„Didaktik“ („Macht mall“) Tür und Tor und ebenso einer von außen gesteuerten Material- und Test-Unkultur.

Der Bildungsplan von 1994 war noch selbsterklärend und hilfreich: Altersgemäß, sachlogisch strukturiert und kohärent formulierte er die Lernziele für die großen Unterrichtssequenzen. Annette Schavans Plan von 2004 erinnerte in seiner stofflichen Gliederung noch etwas an den Vorgänger, entfaltete aber thematisch keinerlei didaktischen Zusammenhang mehr. Er war stattdessen eine Auflistung von überprüf- und testbaren „Standards“ in der verqueren, Wunsch und Wirklichkeit vermengenden „Kompetenz“-Formulierung „Die Schüler/innen können . . . darstellen, erläutern, begründen, usw.“. Der Plan geriet zum Zombie, der durch die Schulhäuser geisterte, ohne wirklich zu inspirieren.

In seiner Gesamtgestaltung macht es sich der Bildungsplan 2016 zur Aufgabe, alle bildungspolitischen Grundübel der letzten 15 Jahre zu einem Gesamtwerk zu verschmelzen: den technokratischen Wahn völliger Steuerbarkeit allen Lernens, die Sinnentleerung von Bildung und ihre ökonomistische Reduktion auf „polyvalente“ Befähigungen („Kompetenzen“) sowie den pseudoegalitären Irrweg der „Gemeinschaftsschule“.

Der Sinn dieser didaktischen Nullnummer ist jedoch gar nicht, zu gutem Unterricht zu führen, sondern ein strategisches Ziel durchzusetzen. Nach dem Willen der Landesregierung soll der Bildungsplan 2016 der „Gemeinschaftsschule“ (GMS) eine legitimatorische und

programmatische Grundlage geben und helfen, das gegliederte Schulwesen zu überwinden. Schon 2011 hatte man die „verbindliche Grundschulempfehlung“ abgeschafft und die Hauptschulen durch Schülerschwund in akute Existenznot gebracht. Über 200 von ihnen retteten sich mit dem Schulschild „Gemeinschaftsschule“ (GMS). Diese Potemkinschen Schulen – rund 90 Prozent aller GMS – veränderten die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft nur geringfügig und boten ein klägliches Bild jener „Heterogenität“, worauf die Gemeinschaftsschule, die allen alles verspricht, vor allem jede Art von Schulabschluss, ideologisch gründete.

Mit gewohnter Pädagogik, Didaktik und Methodik waren ihre Versprechen ohnehin nicht zu realisieren und auch nicht mit herkömmlichen Lehrern. Eine in ihrem Leistungsvermögen und Lerninteresse extrem gespreizte Schülerschaft lässt sich „klassisch“, also schülerzentriert und lehrergesteuert, kaum erfolgreich unterrichten. Also holte man den Schweizer Wunderprediger Peter Frattton ins Ländle, dessen „Autagogik“ das selbständige Lernen aller Schüler in „gestalteter Lernumgebung“ (Medien, Arbeitsmaterial) als neuen Stein der Weisen verkündete. Dieses halsbrecherische Konzept erlitt nach Fratttons hanebüchenen Äußerungen („Bring mir nichts bei!“ „Erkläre mir nichts!“) einen ersten Schiffbruch, worauf man ihn von der Bühne nahm, die Kultusministerin durch einen Verwaltungsjuristen ersetzte und ein „Zwei-Säulen-Modell“ verkündete, ohne den Kurs zu ändern, wie die folgende Reform der Lehrerbildung hin zu „polyvalenten“ Bachelor/Master-Studiengängen zeigte.

Hartnäckig verteidigten Realschulen und Gymnasien ihre Eigenständigkeit, weshalb man subtilere Wege beschritt: Die „freie Schulwahl“ uneinsichtiger Eltern sorgt seither dafür, dass verstärkt Schüler aufgenommen werden müssen, die den Anforderungen dieser Schulen nicht entsprechen. Für sie hat man den Realschulen die Möglichkeit eingeräumt, auch den Hauptschulabschluss zu vergeben, während die Gymnasien den wachsenden Anteil nicht gymnasialbefähigter Kinder am Ende der Sekundarstufe 1 wohl mit der mittleren Reife verabschieden. Eigene Bildungspläne für Haupt- und Realschulen wird es von 2016 an nicht mehr geben, für sie gilt dann der „Gemeinsame Bildungsplan“ der Gemeinschaftsschule. Dem Gymnasium bleibt – wie versprochen – ein Bildungsplan erhalten, aber nur als Kopie des E-Niveaus der GMS, dem er, von minimalen Abweichungen abgesehen (in Geschichte und Deutsch), wortgleich entspricht! Die GMS wird zum Maß aller Dinge.

Folgte das erweiterte Niveau dem Gymnasialplan oder dieser dem E-Niveau der GMS? Beides trifft zu – zum Schaden beider, wie man an einzelnen Fächern sehen kann. Das durchaus gymnasiale E-Niveau der GMS hat zur Folge, dass die Niveaus für die Haupt- und Realschüler sich daran ausrichten – als reduzierte, unvollständige, minderwertige Niveaus derselben „Kompetenzen“. Der Gemeinschaftsschule und den Restschulen verbaut man damit die Chance zu eigenen Profilierungen, welche den Lerninteressen, Neigungen und Lerntypen ihrer Schüler gerecht würden. Statt die Bildungswege dieser Schüler zukunftsfähig zu machen, also Haupt- und Realschulabschluss durch substantielle Verbesserungen aufzuwerten, sorgt man für das Gegenteil und orientiert sie an einem Schema, das nicht einmal für den Gymnasialunterricht taugt.

Hauptschullehrer schütteln den Kopf über die Kluft von Anspruch und Wirklichkeit beim deutschen Grammatikunterricht des G-Niveaus. Hier müsste viel stärker die praktische Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift im Vordergrund stehen. Im Fach Geschichte wäre es durchaus sinnvoll, Schülern mit geringer Neigung fürs Akademische Themen aus lebenspraktischen Bereichen zu vermitteln und abstrakte Bereiche der Geistes- und Kunstgeschichte einzuschränken.

Die gleichzeitige Bewältigung dreier „Kompetenz-Niveaus“ führt zu permanenter Segmentierung des Unterrichts, thematischen Verrenkungen, ständiger Selektion, „Diagnose“ genannt, um jedem Schüler das adäquate Lern- und Aufgabenmaterial zuzuteilen. Sie führt zur Isolierung am „individuellen“ Arbeitsplatz sowie diskriminierender Bewertung. Statt einer „Lern-Gemeinschaft“ entsteht die gestufte Drei-Klassen-Gesellschaft: Avantgarde, Fußvolk und trauriger Rest.

Der Versuch, jeden Lehrplanschritt, jede Thematik in drei Niveaus aufzuspalten, ist für Unterrichtspraktiker komisch und absurd, wie sich schon bei der ersten historischen Thematik „Ägypten“ zeigt: Da soll der G-Hauptschüler die „Nilschwemme“ „darstellen“, dabei aber von „Kalender“ und „Arbeitsteilung“ überfordert sein, der M-Realschüler darf mit Hilfe dieser Begriffe dieselbe „erläutern“, aber ohne den Begriff der „Geometrie“, welcher dem gymnasialen E-Schüler vorbehalten bleibt, der das Ganze dann „erklärt“. Bei der „Hochkultur“ verwendet der G-Schüler den Begriff „Mumie“ ohne „Totenkult“, der M-Schüler den Begriff „Totenkult“ ohne „Mumie“ und der E-Schüler lernt „Schrift“ mit „Hieroglyphe“, während G- und M-Schüler nur „Schrift“ lernen. Als wäre die Verdünnung des Konkreten einfacher und verständlicher als seine Anreicherung.

Das Unterrichtsniveau hängt nicht nur von den Anforderungen der Schule, der Lehrer und der Pläne ab, sondern auch vom intellektuellen Vermögen der Lerner. Bis 2004 hatte man mit dem Beginn des gymnasialen Geschichtsunterrichts bis zur 7. Klasse gewartet, um Themen der Frühgeschichte, des Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit anspruchsvoll zu bearbeiten. Der neue Bildungsplan 2016 verschiebt nun die Chronologie abermals ein Stück mehr in die Kindheit und nimmt damit eine weitere Verflachung der historisch-politischen Bildung in Kauf, die bis an die Substanz geht: Voraussetzungslos – ohne Vor- und Frühgeschichte – fällt die ägyptische Hochkultur vom Himmel beziehungsweise taucht aus dem Nil auf, als ob das fundamentale Prinzip der historischen Genesen (alle Wirklichkeit entsteht aus vorausgegangener und bringt neue hervor) den Geschichtsunterricht nichts angeht. Begründung: Die Steinzeit werde ja in der Grundschule schon vielfach behandelt. Oh, sancta simplicitas!

Der Autor war vierzig Jahre lang Gymnasiallehrer, Fachberater des Regierungspräsidiums und zwei Jahrzehnte in der Lehrerbildung für Fachdidaktik tätig. Er ist Studiendirektor i. R.. Er gehört seit 40 Jahren der SPD an.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.11.2015